

**Resolution
verabschiedet vom
39. DPT**



39. Deutscher Psychotherapeutentag 19./20. November 2021

Politik für eine starke psychische Gesundheit

Die Corona-Pandemie hat die Leistungen von Familien ins Zentrum gerückt, aber auch die Grenzen elterlicher Kräfte. Die Pandemie gefährdete mit ihren Kontaktbeschränkungen insbesondere die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Sie hat aber auch deutlich gemacht: Armut macht krank. Menschen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen brauchen mehr staatliche Unterstützung und tragfähige Netzwerke, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Sie brauchen diese Unterstützung dort, wo sie leben, arbeiten oder zur Schule gehen. Für psychische Erkrankungen gibt es jedoch immer noch zu wenig Präventions- und Behandlungsangebote. Monatelange Wartezeiten auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung sind inakzeptabel. Patient*innen in psychiatrischen Krankenhäusern muss endlich mehr und leitliniengerecht Psychotherapie angeboten werden.

Der Deutsche Psychotherapeutentag fordert deshalb von der neuen Bundesregierung:

- zusätzliche Praxissitze für Psychotherapeut*innen, wie bereits 2018 in einem Gutachten des Gemeinsamen Bundesausschusses gefordert wurde. Diese Sitze sollten vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen entstehen,
- Stärkung der Prävention psychischer Erkrankungen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen,
- niedrigschwellige psychotherapeutische Angebote für Kinder und ihre Familien in schwierigen Lebenslagen,
- ambulante Versorgung für schwer psychisch kranke Kinder und Jugendliche, die psychotherapeutisch ausgerichtet ist,
- mehr und leitliniengerechte Psychotherapie in psychiatrischen Krankenhäusern,
- professionelle Sprachmittlung in der Psychotherapie für Flüchtlinge und fremdsprachige Menschen, finanziert durch die Krankenkassen,
- finanzielle Förderung der Weiterbildung von Psychotherapeut*innen, damit es sie auch in Zukunft noch ausreichend gibt.